UNIVERS. HALLE

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ ausschl. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch Post nicht beziehbar, kostet wöchentlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 1a. Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr 6852.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 1. Dienstag den 1. Januar 1895. 6. Jahrg.

Sesam, thu' dich auf!

Wie in Tausend und eine Nacht Ali Baba durch diese Zauberformel alles zu öffnen vermag, so wird trotz der vielen schon erlebten Enttäuschungen doch immer wieder von jedem sich aufthuenden Jahre erhofft, es werde sich als ein Paradies, als der Zaubergarten erweisen, der möglichst vielen der menschlichen Wünsche Erfüllung gewährt. Und doch muß diese Hoffnung ebenso vergeblich sein, wie jene andere, daß nämlich der „Friede auf Erden" einkehre, wenn die christliche Welt ihr Weihnachten feiert und wenn das „Stille Nacht, heilige Nacht" neben anderen Weihnachtsliedern mit mehr oder weniger Innigkeit gesungen wird.

Die Zustände auf der Erde lassen sich eben nicht so schnell ändern, wie das Datum auf einem Abreißkalender. Ja, wenn das möglich wäre! Wenn es nur eines Handdruckes bedürfte, um eine andere Zeit, andere Zustände herbeizuführen, dann wäre es bequem, den Reformator zu spielen; dann brauchte nicht erst jeder Kulturfortschritt mit so schwerer Arbeit, mit so großem Leid, mit so vielem Märtyrertum gedüngt zu werden. Aber langsam, wie sich die Knospe zur Blüte, diese zur Frucht entwickelt, ist auch der kulturelle Fortschritt, die Vorwärtsbewegung der Anschauungsweisen. Langsam, doch stetig! Und ebenso unmöglich, wie es ist, die Frucht sich zur Blüte zurückentwickeln zu lassen, ebensowenig gelingt es, den vorwärtsstrebenden, immer breiter werdenden Strom der Zeit und die von ihm getragene geistige Entwickelungsstufe zurückzustauen und ihn wieder in das enge Bett seiner Kindheit zu zwängen. Wer es versucht, wird vom Strome weggespült. Das hat schon mancher erfahren müssen, und mancher wird es noch erfahren. Der Gescheit zerschmettert unbarmherzig den, der sich erkühnt, ihn auf falsche Wege leiten oder nach rückwärts dirigieren zu wollen.

Ist ebenso utopisch, wie die Hoffnung ist, es könne sich eines Tages, etwa beim Jahreswechsel, der leidenden Menschheit durch das Zauberwort „Sesam, thu' dich auf!" urplötzlich ein paradiesisches Dasein eröffnen, die Menschen könnten von heute zu morgen durch ein Wunder aus der dumpfen Atmosphäre des Klassenstaates in die reine, gesunde Bergluft der sozialistischen Gesellschaft geführt werden, ebenso unmöglich ist es, dem unverkennbaren, kräftigen Anlaufe, den unsere Zeit nimmt, um die tödlichen Fesseln des Kapitalismus abzustreifen, Halt gebieten zu wollen. Wer das erstere glaubt, daß nämlich über Nacht der gefräßige Wolf „Klassenstaat" sich in das edle Roß „sozialistisches Gemeinwesen" verwandelt, ist ein träumerischer Thor; wer das letztere für möglich hält, daß die Entwickelung der Menschheit zu immer höheren Formen des Daseins unterbunden werden könnte, ist ein hochmütiger Narr.

Ruhig und beharrlich geht der Kulturfortschritt vor sich, wie die Zeit selbst. Aber es kann nichts schaden, wenn die im Kampfe der Zeit Stehenden dann und wann einmal Umschau halten, was sie in der letzten Zeit erreicht und was sie in der nächsten Zeit zu thun haben. Und dazu mag sich wohl der Augenblick des Jahreswechsels ganz gut eignen.

Was wir erreicht haben? Positives nicht viel; doch eine ganze Anzahl kleinerer und stärkerer Bastionen der Gegner hat sich ergeben. Gar mancher antisozialistische Saulus ist im schwindenden Jahre zu einem uns freundlich gesinnten Paulus verwandelt worden. Die Thatsachen sprechen eine allzu verständliche Sprache, und die gewissenlose Bosheit, mit welcher früher und auch heute noch von gewisser Seite der Sozialismus als Feind aller Kultur, sein Sieg als ein Sieg der Barbarei hingestellt wurde, stößt immer mehr auf lebhafte Zweifel auch bei denen, die mit allen Fasern ihres Daseins und ihrer Meinung an den kapitalistischen Klassenstaat gebunden sind. Garzu eindringlich machen sich die entsittlichenden und die breite Volksmasse ins Elend stoßenden Wirkungen des Kapitalismus bemerkbar. Und alle „ethischen Kultur"-Vereine, alle „sozialpolitischen Kurse", alle Wohlthätigkeits-Veranstaltungen können daran nichts ändern. Der Drache „Kapitalismus" frißt und würgt weiter; er spottet der ihn erteilten Moralpredigten; die Geschosse einer humanen Logik prallen wirkungslos von jenem Panzer ab. Die Erkenntnis von der unersättlichen Raubtiernatur des Kapitalismus durchsickert, wie gesagt, allmählich auch Kreise, die sich noch vor kurzem mit Hand und Fuß dagegen gesträubt haben würden, wenn man sie sozialistischer Anwandlungen hätte zeihen wollen. Aus aktiven Gegnern sind sie passive Zuschauer, zum Teil schon aktive Bundesgenossen geworden.

Das ist ein nicht zu unterschätzender Gewinn. Je mehr Gegner sich zur Neutralität zwingen sehen, desto kräftiger kann der Vorstoß auf das endliche Zentrum unternommen werden. Andererseits darf freilich auch nicht verkannt werden, daß der siegreiche Vormarsch des Proletariats die häufigen Streitigkeiten in den Reihen der Gegner verstummen läßt. Noch sind nicht viele Jahre verflossen, als sie sich gegenseitig zerfleischten, da toste zwischen den Vertretern hunderten des Kapitals und denen des agrarischen Kapitals der Kampf beständig. Das hat aufgehört, und wenn die vor der Jahresfrist zum Antrag gelangende Frage über Annahme oder Ablehnung des russischen Handelsvertrages, die den Industriellen wie den Agrariern tief in die Nieren griff, hat nur vorübergehende Verstimmung der feindlichen Brüder, keine dauernde Verfeindung mehr hervorrufen können. Sie wissen genau, daß jedes Kraftatom, das im Kampfe gegeneinander verbraucht wird, ihnen verloren ist für den Kampf mit dem gemeinsamen Feinde, dem Sozialismus.

Dürfen wir also zufrieden sein mit der uns günstigen Entwickelung der Zeitverhältnisse, so ist aber auch im Hinblick auf die nächste Zukunft eine gewaltige Stärkung unserer Stellung dringend von nöten. Keinen Augenblick dürfen wir im unklaren darüber sein, daß die Reaktion zu einem Hauptschlage ausholt, daß sie mit aller ihr übrig gebliebenen konzentrierten Kraft uns zu überfallen und zu meucheln trachtet.

Das neue Jahr bricht für uns unter dem Rufe an: „Auf die Schanzen, ihr treuen Mitkämpfer alle! Auf die Schanzen zum Entscheidungskampfe für Recht, Freiheit und Gesittung gegen Willkür, Tyrannei und Barbarei! Ein Nebeneinander der alten und der neuen Weltanschauung giebt es nicht; eine oder die andere kann auf die Dauer nur bestehen; und je kräftiger sich das Proletariat die Hände reicht, je fester — nicht die Eisenketten der alten Kimbrer — sondern das geistige Band der treuen Ueberzeugung, des begeisterten Opfermutes, der selbstlosen Hingabe an unser gemeinsames Ideal alle Genossen durchdringt, je mannhafter jeder an seinem Platze steht und nicht wankt noch weicht, desto eher und desto glänzender wird die neue Zeit ihren Einzug halten können, desto sicherer dürfen wir sein, daß der kapitalistische Klassenstaat nicht mehr viele Jahreswenden erleben wird.

Der Gedanke daran, daß wir einst und hoffentlich in garnicht zu weiter Ferne ein wirkliches Neujahr feiern können, muß allen den wackeren Mitstreitern, ob Frau, ob Mann, ob Alt, ob Jung, die Muskeln mit neuer Kraft füllen, ihren Sinn immer ausschließlicher beherrschen und ihr gesamtes Thun durchdringen. Dann mag die Reaktion kommen, wann und wie will; siegesfreudig rufen wir ihr entgegen:

Hoch die Sozialdemokratie!
Hoch die neue Zeit im neuen Jahre.

Preßstimmen

über den Ausgang des Berliner Bierboykotts.

Da die meisten kleineren Lokalblätter, aus denen leider auch noch viele Arbeiter und Handwerker einzig ihre politische Nahrung schöpfen, das Ende des Berliner Bierboykotts als eine halbe oder ganze Niederlage der Sozialdemokraten hinzustellen belieben, so verlohnt es sich, einige gegnerische Preßstimmen über die Sache zusammenzutragen.

Die „Kreuz-Ztg." schreibt: „Unseres Erachtens bedeutet das Abkommen einen sozialdemokratischen Sieg; denn, wenn die Brauereien diese Zugeständnisse machen wollten, hätten die Arbeiter sicher [illegible] Jahre Frieden geschlossen."

Die „Nordd. Allg. Ztg." führt aus: „Wir stehen also vor der Thatsache, daß die Brauereien sich in eine Bedingung gefügt haben, die noch vor zwei Monaten von ihnen als unannehmbar bezeichnet ist. Die Gegenleistung besteht in der Aufhebung des Boykotts bis spätestens zum 1. Januar 1895. Wohlgemerkt, nicht etwa in dem Verzicht auf die sonstigen, weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie, insbesondere die Freigebung der Maifeier. Diese Forderungen kann die Gegenpartei in jedem ihr geeignet erscheinenden Augenblick wieder aufnehmen. . . . . Die Berliner Brauereibesitzer haben nach diesem „Friedensschluß" aufgehört, Herren in ihrem eigenen Hause zu sein. Das ist das Ende des Berliner Bierboykotts."

Selbst die „Kons. Korresp." läßt sich wie folgt vernehmen: „Die Berliner Brauereien haben den Sozialdemokraten eine große Weihnachtsüberraschung bereitet, sie sind vor den Boykottern, die eben noch (etwa um auf die Kurse zu drücken?) ein scharfes Flugblatt gegen den „Bierring" verbreitet hatten, „zu Kreuze gekrochen". Gerade jetzt, wo es sich für die Sozialdemokraten der Reichshauptstadt fast zur

---

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman
aus den Zeiten des deutschen Hansabundes
von A. Otto-Walster.

90] (Nachdruck verboten.)

Der war zwar entmutigend und bitter im höchsten Grade, aber nicht ungewohnt. Unmittelbar darauf jedoch stieg auch der Gedanke an die Verantwortung wegen des Mordes in seiner Seele auf. Das Bild des mit Blut überströmten, leblos hingestreckten schönen Mädchens und daneben das Bild der verwetterten, eisenharten Züge des Hauptmanns Bardenwerper, dessen Gefangener er werden, dem er Rechenschaft geben sollte wegen Verführung und Ermordung seines Kindes, erhob sich mit vernichtendem Schrecken vor seinen Blicken.

Im Bewußtwerden dieser schreckensvollen Möglichkeit fühlte er Riesenkräfte in sich, riß das Pferd in die Höhe und die andere Seite des Grabens hinauf, da es, wie er mit größter Freude bemerkte, keinen Schaden genommen hatte. Er riß es aber auch sofort wieder zurück und die entgegengesetzte Seite hinauf, denn eben sprengten rechts und links seine Verfolger mit gut abgemessenem Anlauf über den Graben. So schnell konnten sie nicht umkehren und einen weiten Sprung unternehmen. Und wie er sich oben wieder in den Sattel geschwungen, kam die Siegeszuversicht so kräftig wieder über ihn, daß er mit übermütiger Geberde, die Verfolger zum schnelleren Verfolgen geradezu einlud.

Im weiteren Vorsprengen vergewisserte sich Wustrow, daß da an nur noch ein Reiter hinter ihm war und sein Pferd sich das mit der Vermutung, daß den einen mit Zeitverde ein Unfall betroffen. Aber so sehr waren seinen Gedanken auf Flucht gerichtet, daß es ihm garnicht [illegible] diesen einen Verfolger, wie es doch sonst seine Art, durch rasches Umkehren anzugreifen. Erst als er sich vor einer Hecke sah, schien [illegible] Befürchtung aufzudämmern, der andere Verfolger möchte nicht ohne Absicht weggeblieben sein, und in der That sah er, als er die kürzere Linie der Hecke zu umreiten im Begriff war, den andern Reiter dicht vor sich auftauchen.

Zu seiner großen Beruhigung bemerkte Wustrow, daß es nicht Fillier war, der ihm den Weg versperrte: ein Fluch, ein Pistolenschuß und ein Anrennen mit seinem massiv gebauten Streithengst gegen den schlanken Renner des Gegners — und Wustrow sah wieder freien Raum, die Möglichkeit der Rettung. Heftiger spornte er sein Roß, mutiger wurden seine Gedanken, und schon sann er wieder auf Rache.

Aber was rauscht denn da? Verdammt, die Oker ist's, ein ziemlich ansehnlicher Seitenarm derselben. Der macht hier eine Krümmung, zeichnet in das Land ein Dreieck, an dessen Spitze er sich befindet, während von der breiten Rückline her die Verfolger kommen. Aber da giebt's eine Furt, die Furt ist schon berühmt von früheren Belagerungen; die Furt kann ein Mann nur mit Vorsicht passieren; der zweite Verfolger kann erst hinter dem andern herkommen; das ist so gut, als könnte nur ein einziger hinüber; denn von da an giebt's gerade Linie, keine Verfolgung von der Seite mehr. Lachend sprengt der Oberst in die Flut.

„He, Herr v. Wustrow!" tönt da plötzlich eine Stimme, die er schon einmal deutlich und unangenehm genug gehört, an sein Ohr, so daß er sich fast verleitet fühlt, seinen Streithengst anzuhalten.

„Steht und ergebt Euch, oder ich schieße Euch nieder wie einen Hund, so wahr ich Fillier heiße. Steht, Mann, sag' ich, oder nehmt Abschied vom Leben!"

„Verdammter Hund," brüllte der Obrist und wendete sich mitten in der Furt zurück, um seine Pistole auf Fillier abzufeuern.

Da schnurrte das Rädchen an Filliers Radpistole und entlockte dem Feuerstein zahllose Funken, die schnell das Pulver des Zündlochs und damit das der Pistole erreichten. Hätte sich Wustrow nicht gedreht und den Arm zum Schuß erhoben, sein Rückenpanzer und seine eiserne Halsbinde hätten ihn wohl vor der Kugel geschützt, so aber flog sie gerad' unterm Arm in die Achselhöhle und streckte ihn vom Pferde. Wohl versuchte Fillier den Getroffenen zu erfassen, aber derselbe war mit den Füßen aus den Steigbügeln geglitten, und während der Streithengst nach dem jenseitigen Ufer schwamm, zog die schwere Rüstung den Reiter in die Tiefe der durch den letzten Regen gewachsenen Oker.

Erst als Volkmar v. Hasfeld herbeilam, gelang es den beiden, durch vereinte Anstrengungen den schweren Körper ans Land zu schaffen. Der gewaltige Kriegsobrist war eine Leiche, und ein gewissenhaft forschender Arzt würde sich vergeblich bemüht haben, zu ermitteln, ob er durch Schußwunde und Blutverlust, durch Ertrinken oder Schlaganfall im kalten Wasser zuerst den Tod gefunden.

„Du bist der zweite," meinte Fillier, als er kaltblütig dem Toten in das erstarrte Antlitz sah, „und wahrlich nicht der Bessere. Der Herzog hat nicht viel Glück mit seinen Leuten, und wenn der Krieg noch ein Weilchen so fortgeht, kommt er wohl selbst noch an die Reihe. Aber jetzt ist es Zeit, daß ich mich nach des alten Bardenwerpers Tochter umsehe, die, dem Berichte von Hans nach, auch mit im Kruge gewesen sein soll. Komm, Volkmar, laß' den Alten hier liegen, und wenn sich einige Aasvögel noch an seinem Leichnam ätzen wollen, so haben wir keine Ursache ihnen zu wehren da macht er wenigstens im Tode noch jemandem ein Vergnügen, was er im Leben schwerlich gethan hat."

(Fortsetzung nicht bloß [illegible] Gläubiger!"

(Fileg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950101-17/fragment/page=0001

ebensfrage gestalten mußte, ob die „Saalsperre" fortgesetzt werden sollte oder nicht, haben die Brauereibesitzer, die so ange stolze Worte im Munde geführt und versichert haben, ie würden „niemals" nachgeben, dem Diktum des Herrn Singer sich gebeugt."

Auch nationalliberale Blätter, wie die „Münchn. Neuesten Nachr.", die „Leipz. N. Nachr.", die „Pos. Ztg." u. s. w., verkünden thränenden Augen einen vollen Sieg der Sozialdemokraten.

Die „National-Zeitung" ist ebenfalls der Meinung, wie alle konservativen und nationalliberalen Zeitungen, daß die Sozialdemokratie gesiegt hat, und sie nützt diese Ansichten dazu aus, Zwangsmaßregeln gegen unsere Partei zu verlangen.

Die „Dresdn. Nachr." ächzen: „Eine häßliche Ueberraschung haben die Wenigmächtigsten in der inneren Politik gebracht, nämlich einen für die Ordnungssache recht unrühmlichen „Ausgleich" zwischen dem „Verein der Berliner Brauereien" und den Vertretern der „bei dem Berliner Bierboykott interessierten Partei-, Gewerkschafts- und sonstigen Arbeiterorganisationen".

Auch das „Dresdner Journal", das offizielle Organ der sächsischen Regierung, äußert sich: „Allgemein und mit Recht wird die Art und Weise, auf welche der Berliner Bierboykott nunmehr sein Ende erreichen wird, als ein Sieg der Sozialdemokratie aufgefaßt."

Wir meinen, wenn gegnerische Blätter so verschiedener Art, wie die angeführten, übereinstimmend anerkennen, daß der Ausgang des Boykotts für die Sozialdemokratie ein siegreicher gewesen ist, so darf dieses Zeugnis als ein vollgültiges angesehen werden. Es mag manchem der angeführten Blätter schwer genug angekommen sein, das Zugeständnis zu machen. Der „Vorwärts" geht im Leitartikel seiner Sonntagsnummer nochmals auf die Angelegenheit ein und weist nach, daß zwar nicht alle Forderungen, die ursprünglich von der Partei gestellt worden sind, durchgedrückt werden konnten, daß aber der Friedensschluß doch die beiden Hauptforderungen anerkennt: Einführung des Arbeitsnachweises mit dem Schiedsgericht und das Zugeständnis, daß die politische oder gewerkschaftliche Thätigkeit der Arbeiter kein Grund zu ihrer Entlassung sein darf.

An den Brauereiarbeitern selbst wird es nun liegen, durch Herbeiführung einer straffen Organisation die ihnen durch den Beistand der gesamten Arbeiterschaft errungene Position zu halten und zu befestigen. Auch andere Organisationen können jetzt über lang in die Lage kommen, ihrerseits einen Riesenkampf mit den Großkapitalisten ihrer Branche aufnehmen zu müssen. Sie können versichert sein, daß sie dann gleichfalls die Parole als besten Rückhalt hinter sich haben werden; mögen sie nur durch kräftigen Ausbau ihrer Organisation beizeiten dafür sorgen, daß sie mit Ruhe in den Kampf eintreten können.

Tagesgeschichte.

Der Reichspump schwillt in ungeheurer Weise an. Während das Deutsche Reich vor zwanzig Jahren gar keine Schulden hatte, war der durch Anleihen aufgelaufene Schuldbetrag am 1. November 1894 bereits auf **1961 Mill.** [illegible] Wenn alle die neuen Anleihen, die im Etat vorgesehen sind, aufgenommen werden, wird Ende nächsten Jahres die Reichsschuld sich auf **2585 Millionen** M. belaufen. Dabei ist fast der gesamte Betrag bis auf läppige 200 Millionen für Zwecke verausgabt worden, die eine Verzinsung nicht ergeben, nämlich für Militär- und Marinezwecke. An ein Abzahlen dieser unermeßlich hohen Reichsschuld denkt kein Mensch; es wird vielmehr immer noch Neues zum Alten gepumpt. Das Ding kann gut werden!

Ordnungskämpfer. Bekanntlich wurde vor einigen Wochen versucht, einen freisinnigen Rittergutsbesitzer am Tage der Kreistagswahlen von Gumbinnen durch eine Depesche, in der ihm der Abschluß eines lohnenden Geschäfts in Aussicht gestellt wurde, von der Teilnahme an der Wahl fernzuhalten. Da Liberale und Konservative gleichviel Wahlmänner hatten, wäre durch das Fernbleiben des Betreffenden der Sieg den Konservativen zugefallen. Herr v. Simpson-Georgenburg hat nunmehr eingestanden, daß er der Absender des Telegramms gewesen ist; der Urheber des famosen Manövers sei der Rittergutsbesitzer Reich-Perkallen, ein Mitglied des Ausschusses des ostpreußischen konservativen Vereins.

Herr Kulemann, der die „Umsturz"vorlage bekämpft, wird von der „Nat. Korresp." abgethan. Sie schreibt: „Herr Kulemann mag formell noch zur nationalliberalen Partei sich rechnen, er steht aber in den meisten Fragen vollständig vereinzelt da und seine Aeußerungen finden längst keine Beachtung mehr." — Armer Amtsrichter Kulemann! Er war seinerzeit der gefeierte Fraktionsredner. Nun ist er auf einmal ein toter Mann, weil er den „Umsturz"toller nicht hat.

Vom Moloch. Der neue Militäretat enthält im Extraordinarium für das preußische Kontingent in **58** Titeln Forderungen für Kasernenbauten. Für Festungsanlagen werden **28½** Millionen M. verlangt, 6 Millionen davon als erste Rate. Ferner sind sieben neue Garnisonkirchen im Bau. Die Kasernenbauten sind dadurch, daß geräumige Offiziersspeiseanstalten und besondere Familienwohnungen damit verbunden sind, noch kostspieliger geworden. Für neue Uebungsplätze werden diesmal **18** Millionen gefordert; im Vorjahr begnügte sich die Heeresverwaltung noch mit 6 Millionen. Ein Uebungsplatz für das württembergische Armeekorps erfordert allein **9** Millionen Mark; so viel kostet der Grundwert von 4000 Hektar. Die Kosten der Lager und der Einrichtung des Platzes sind nicht mit inbegriffen. — So wachsen die Ausgaben für den kulturwidrigen Militarismus ins Unendliche.

Zu der Majestätsbeleidigungs-Aera schreibt ein [illegible] dem bekannten Organe der süddeutschen Regierungen, [illegible]nchener Allgem. Zeitung": „Eine Majestätsbeleidi[illegible] das Sitzenbleiben nicht verübt! Wo wird denn der re[illegible] Byzantinismus seine Grenzen finden, wen[illegible] zur allgemeinen Geltung kommt, daß Majestät[illegible]ungen auch durch Unterlassungen verübt werden können? Da wird bald bestraft werden, wer nicht Beifall klatscht oder den Hut abzieht, wenn die Paraden musik den Sang an Aegir spielt; und wenn man einen Sozialdemokraten auf einige Monate unschädlich machen will, so braucht die Polizei oder Staatsanwaltschaft nur einen Agenten ins Wirtshaus zu senden, wo der Mann verkehrt; der Agent hält aus irgend einem Anlaß eine patriotische Ansprache, die mit einem Hoch auf den Landesherrn schließt: der Sozialdemokrat, vielleicht auch mancher andere Gast, bleibt sitzen, und die Majestätsbeleidigung ist fertig!"

In Süddeutschland herrscht nach übereinstimmenden Berichten eine so hochgradige Abneigung gegen den neuesten Berliner Kurs, wie seit 1866 nicht. Es werden auf Schritt und Tritt Aeußerungen laut, die auch nicht annähernd wiedergegeben werden können. Der einfältige Preußenhaß Sigls findet zahllose Anhänger.

Parteinachrichten.

— Genosse Gewehr wurde als Redakteur der „Niederrhein. Volkstribüne" wegen Beleidigung dreier Ulanen zu 100 M. Strafe verurteilt.

— In Mainz starb der 51jährige treue Genosse Schreiner Körner. Jüst hielt eine ergreifende Gedächtnisrede.

— In Charlottenburg beschloß eine Versammlung, den Bierboykott nicht aufzuheben, sondern mit allen Kräften fortzusetzen.

— Genosse Schumann in Wien soll sechs Wochen lang die schwedischen Gardinen von innen sich betrachten, weil er das österreichische Parlament beleidigt und eines Preßvergehens sich schuldig gemacht haben soll.

— Der Nürnberger Magistrat hat sämtlichen Mitgliedern des im Oktober aufgelösten Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins Strafmandate zugehen lassen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Das ist schade, denn nun können die Frauen und Mädchen in der Geographie nicht lernen, daß Bayern an — Sachsen grenzt.

— Genosse Smeets wurde am Sonntag in Lüttich bei der Stichwahl mit 63 291 Stimmen als Abgeordneter gewählt. Sein Gegenkandidat erhielt nur 55510 Stimmen, obwohl er von den Liberalen unterstützt wurde.

Soziale Uebersicht.

— Wie ein Staatsrentner lebt! In einer Berliner Wärmehalle stand ein alter ehrwürdiger Mann mit langem, wohlgepflegtem, grauem Bart und schneeweißen Haaren. Er erzählte einem Besucher, daß er 72 Jahre alt sei; seit zwei Jahren beziehe er eine Altersrente in der dritten Klasse, monatlich 13 M. 50 Pf. Er brauche zwar nicht auf der Straße zu liegen und sich in Asylen aufhalten, aber trotzdem er seinen Schmachtriemen noch anziehe, kämen doch Tage, wo er recht gern eine ist in der Wärmehalle geschenkte warme Suppe mit Brot aehme. Auf meine Frage, wie man sich mit 13.50 M. pro Monat durchs Leben hungere, machte er mir das Geständnis, daß er noch von der Armendirektion [illegible]ulte, das seien 23 50 Mark. Davon zahl[illegible] Miete, [illegible]lastestelle, blieben 17.50 M.; 10 Pf. Morgen[illegible] Monat 3 M., Rest 14.50 M. Alle 14 Tage ein[illegible] 45 Pf., bleiben 14.05 M. Für diesen Rest [illegible] in Taschentuch und 2 Paar [illegible] er sich Frühstücksstullen, Mittagsbrot in der Volksküche. Vesper existiert nicht; seinem Gast, ebensowenig Abendbrot. Auf die weitere Frage, wie er denn eigentlich seine Kleider bezahle, erklärte er: entweder gute Leute schenken mir mal ein Stück Zeug, oder der Speisezettel in der Volksküche fällt fort, dann wird eben so lange in der Küche gewartet, bis ein Gast mal einen Happen übrig lasse. — So lebt also ein Staatspensionär, der seine Altersrente und obendrein noch Armenunterstützung erhält. Wie mag es nun erst mit der Lebensweise derjenigen bestellt sein, die längere Zeit arbeits- und am Ende noch obdachlos sind?

Nationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Essen, 27. Dezember.

Bauer-Weitmar führt den Vorsitz. Es wird zunächst die gestern vorgelegte Resolution Möller angenommen.

Resolution.

„Als in früheren Jahrhunderten der Bergbau noch in primitiver Art betrieben wurde, ist die achtstündige Schicht die Maximalarbeitszeit gewesen; zumeist war jedoch die wöchentliche Arbeitszeit nur 44 Stunden. Während der langjährigen, über mehrere Generationen fortgesetzten Grubenarbeit ist die physische Kraft und Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter durch die natürlichen Folgen der Grubeneinflüsse und der Bergarbeit zurückgegangen, so daß es deshalb gegenwärtig mehr als je geboten ist, die Arbeitszeit nicht über die achtstündige Schicht hinausgehen zu lassen.

Nach dem Stande der Entwicke ung der Grubentechnik und Produktionsfähigkeit der Bergarbeiter, namentlich der Einfahrt und Ausfahrt am Seil, der Pferdeförderung und maschinellen Streckenförderung, sowie der hoch entwickelten Kunst des Sprengens, ist der Zeitpunkt auch in dieser Hinsicht für vorhanden zu erachten, nunmehr die Arbeitszeit in den Gruben dem Maße der natürlichen Arbeitsleistung anzupassen.

Die Grubenarbeit ist eine sehr schwere und daher stark ermüdende; dazu kommt die erschlaffende Wirkung der Abwesenheit von Sonnen- und Tageslicht, und das Einatmen von Staub, feuchter, zum Teil verbrauchter und mit gesäuerlichen Gasen gemengter Grubenluft. Diese Bedingungen der Grubenarbeit fordern gebieterisch, die Zeit derselben so zu bemessen, daß die Leistung Schicht um Schicht mit frischen Kräften vollzogen werden kann. Eine längere Schichtzeit als die achtstündige und zwar vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt, verhindert aber die notwendige Erholung und Wiederkräftigung des Bergarbeiters, führt somit zur fortschreitenden Verelendung und zwar ohne eine Mehrleistung zu erzielen; weil im gleichen Verhältnis, wie die stete Uebermüdung, Erschlaffung und Verstümmerung fortgesetzt wird, das Maß der Arbeitsleistung sinkt.

Mit der Schädigung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit ist die Bernachlässigung der Sicherheit aufs engste verknüpft; denn mit der Uebermüdung und Erschlaffung geht naturnotwendig ein Nachlaß in der Beobachtung und der Vorsicht einher. Da man bei den Gefahren der Grubenarbeit die Vorsicht einüben muß, so besteht dadurch die Verpflichtung, durch Einführung der achtstündigen Schicht die Uebermüdung zu verhindern, resp die Vorsichtsübung bis zum Schlusse der Schicht in die Möglichkeit zu setzen.

Weil bei der Bergarbeit die Sicherheit mehrerer oft von einzelnen abhängt, so hat hier die Gesetzgebung triftigen Anlaß, einzugreifen. Auch deshalb, weil durch die über acht Stunden hinausgehende Schichtzeit eine Degeneration, sogar ohne jedes Aequivalent, herbeigeführt wird. Und da die längere Schichtzeit über acht Stunden keine Mehrleistung bedeutet, somit die Einführung der achtstündigen Schicht keine Lohnerhöhung im Gefolge hat, so fällt jeder Gegengrund fort.

In Erwägung all dieser Thatsachen erklärt der Kongreß die Einführung der Achtstundenschicht, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, für eine dringende Notwendigkeit.

Der Antrag Schwindt über die Rationalisierung der Bergwerke wird vom Antragsteller zurückgezogen und der Antrag Bringemann betr. Frauen- und Kinderarbeit zurückgestellt. Zum 2. Punkte der Tagesordnung: Einführung eines einheitlichen Berggesetzes für alle Bergarbeiter Deutschlands, einheitliche Knappschaftskassen und Arbeitsordnungen, hält das Referat Möller-Weitmar. Bei der Verhandlungen über das neue Berggesetz haben wir gesehen, daß keine einzige Körperschaft der Welt wie der preußische Landtag mit dem Volkswillen in Widerspruch steht. Als Prinzip der Sittlichkeit ist die Triebkraft, die Schwachen gegen die Starken zu schützen. Leider ist bisher von der ausgleichenden Gerechtigkeit, von der auch die letzte Thronrede spricht, noch wenig zu spüren. Die Eigenart der Bergbetriebe hat dazu geführt, daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse so zersplittert ist. Aber es ist uns Lebensaufgabe, ein einheitliches Berggesetz zu fordern. Ein solches wäre uns auch ein Hinterhalt für die Forderung der internationalen Regelung dieser Sache. Wenn England und Deutschland gemeinsam die Angelegenheit regeln, so wäre schon viel gewonnen. Leichter ist aber die Regelung zwischen Oesterreich und Deutschland, da die bisherigen Einrichtungen beider Länder einander ähnlich sind. Durch ein deutsches Berggesetz und ein freies Koalitionsrecht würde das Elend der Bergarbeiter um bedeutendes geringer werden. Die gemeinsame Regelung durch das Kohlensyndikat ist eine nur einseitige. Weil der Landtag durch seine Gesetzgebung die Schwachen nicht geschützt hat, ist unsere Forderung: ein deutsches Berggesetz gerechtfertigt. Früher richtete man sich nach dem Gewohnheitsrecht und der Moral, heute frägt man darnach schon nicht mehr. Heute ist der Profit die Parole. Die Forderung eines Minimallohnes würde bewirken, daß derselbe allgemein würde. Die Grundlage für eine ausgiebige Regelung ist die staatliche Kontrollierung der Zechen, dabei soll je nach der Ausbeute der Lohn bis an eine Maximalgrenze steigen und wenn ein Werk Zubuße braucht, auf eine Minimalgrenze zurückgegangen werden. Das Verbot der Abzüge auf Fülllohlen ist durch behördlich erlaubte Ausnahmen durchlöchert. Die in den Arbeitsordnungen vorgesehenen Strafen werden nicht objektiv gehandhabt. Wohl ist die Höhe derselben beschränkt, doch nicht die Häufigkeit derselben. Die Statistik von 1887 über Unfälle durch Fahrlässigkeit ergiebt, daß sich das Verhältnis zwischen Frauen und Männern auf 40 : 25 stellt. In Niederschlesien steigt die Ueberarbeit bis auf 78 Stunden pro Mann und Woche. Durch das Berggesetz vom Juli 1865 ist den Arbeitgebern die Hälfte der Vertreter bei den Knappschaftskassen zugesichert, so daß ohne deren Willen nichts Gutes für die Arbeiter geschehen kann. Den Bergarbeitern werden, obwohl sie besonders schlecht gestellt sind, doch nicht dementsprechende Schutzvorrichtungen zugebilligt. Ganz ungerechtfertigt ist der Verlust des Anrechts an die Knappschaftskasse bei Aufgabe der Bergarbeit. Die Mangelhaftigkeit der Berggesetznovelle erhellt am besten aus den schlimmen Zuständen der Arbeitsordnungen. Dieselben müssen zu vom Bergamt genehmigt sein.

In einer Arbeitsordnung Niederschlesiens heißt es, daß wenn Arbeiter vor einen anderen Ort gelegt werden, sie sich über das Gedinge garnicht äußern dürfen. Nur Pflichten aber keine Rechte werden zugestanden. Bestraft wird u. a. auch, wer zu spät zum Gebet kommt und zur befohlenen Beerdigung nicht kommt. Sogar wenn festgestellt, daß ein Arbeiter seine Notdurft an nicht gehöriger Stelle verrichtet, wird, wenn der Thäter nicht gefunden, ein in der Nähe befindlicher Arbeiter bestraft. Und diese Verordnungen haben die Bestätigung des Oberbergamtes Breslau erhalten. Die Bergnovelle giebt aber den Arbeitern einen Ausweg, nämlich den Austritt aus der Arbeit. Waschvorrichtungen auf den Gruben sind in Schlesien noch selten und doch fordert das Berggesetz Einrichtungen für Sitte und Anstand. Eine einzige Waschveinrichtung besteht in Schlesien, auf einer Zeche bei Hermsdorf, doch ist das ein Bassin, worin Jung und Alt hinein muß. Ein Urteil des Bastos:s Bodeschwingh besagt, daß unter 100 Arbeiterwohnungen nur einige wenige genügen. Mit den Anordnungen der Berggesetznovelle sind die Rechte der Grubenbesitzer vermehrt und der Schutz der Arbeiter vermindert worden. Die Arbeiter schaffen Reichtümer, die Arbeitgeber erwerben Reichtümer, das Recht sich auf seinen des Arbeiters. Ein einheitliches Berggesetz muß gefordert werden. (Bravo!)

Horn-Sachsen zog die sächsischen Verhältnisse an. Vom dortigen Landtag sei nichts zu erwarten. Er zählte den Inhalt einer Petition auf, der sich ziemlich mit dem von Referenten Vorgetragenen deckt; dieselbe ist fast unberücksichtigt geblieben. Diese Forderungen seien nun an den Reichstag zu stellen.

Weitere Redner sind nicht gemeldet. Einmütig stimmte die Versammlung dem Inhalte der in Punkt 2 a, b und c der Tagesordnung bezeichneten Forderungen zu.

Meinert begründet seinen Antrag auf Trennung der Knappschaftskasse von der Verwaltung der Altersversicherung.

Ballmann-Essen fragt: Ist es wahr, daß ein neues Statut in Ausarbeitung begriffen ist, wonach beide Kassen verschmolzen und nur einfache Beiträge entrichtet werden sollen? Dies wäre doch am vorteilhaftesten.

Die Angabe wird bezweifelt.

Helfer-Bruch trat dem Antrage Meinert bei.

Schröder Dortmund: Die Nichtzahlung der Rente beruht auf der Gleichzahl von 15 Kapitals- und 15 Arbeitervertreter. Nach der Höhe der Beitragsleistungen gebührten den Arbeitern 18 Stimmen. Wenn dieses Verhältnis nicht durch Gesetz geändert wird, nützt alles nichts. (Beifall)

Schwindt-Dahlhausen war gegen den Antrag, der hinfällig werde, wenn das in Punkt 2 der Tagesordnung Geforderte verwirklicht werde.

Horn: In Sachsen erhalte den Reichszuschuß zur Invalidenrente nur der gänzlich Arbeitsunfähige.

Der Antrag Meinert wurde sodann auf Mehrheitsbeschluß zum Punkte „Anträge" zurückgestellt.

Der Antrag Meinert lautet: „In anbetracht der letzten Beschlüsse des Vorstandes vom Allg. Knappschaftsverein, den Reichsinvaliden ihre Rente nicht auszuzahlen, fordert der heutige Kongreß erstens Trennung der Alters- und Invalidenkasse von der Knappschaftskasse, oder zweitens Aufhebung der Beiträge zur Alters- und Invaliden-Versicherung und Rückzahlung der bisher geleisteten Beiträge."

Schröder referierte hierauf, indem er genauer auf die technischen Verhältnisse einging, über 3a. Weniger als irgendwo benutze die Regierung die Errungenschaften der modernen Technik um Unglücksfälle zu vermeiden. Die höheren Bergbeamten sind man gewöhnlich nur auf kurze Zeit nach einem Unglücksfall, daß die Unternehmer alles vorbereiten können, damit ein Sündenbock gefunden werde. Beamte, die das sich hervorgegangen, seien notwendig, wie in England. Auch muß Möglichkeit verhindert werden, daß sie von den Bergwerken maßregelt werden. Der Staat solle sie besolden, die Belegschaft aber befugt sein, sie abzusetzen. Infolge dieser Einrichtung anderwärts die Zahl der Unglücksfälle sehr gesunken.

Schwindt-Dahlhausen: Die Technik könne der Staat nicht der Konkurrenz mit den Privatbetrieben nicht voll anwenden, er, d. h. die Nation, die ganze Produktion in die Hand [illegible] men hat.

Möller: Wären wir erst da, wohin uns Schwindt wünscht, wären die Endziele der Sozialdemokratie ja verwirklicht. [illegible] können hier heute nur auf Grundlage der gegenwärtigen Verhältnisse beraten. Die Unterscheidung von Wetter- und Kohlenstoffgruben, wie sie jetzt geübt wird, führt zur Außerachtlassung [illegible] Gefahr und damit zur Korruption. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist die Unglücksgefahr in zwei Jahren [illegible] 53 gestiegen, trotzdem hat der Landtag nichts gethan. [illegible] Verbesserungen, wie der Wettersteiger, sind schon zu begrüßen. [illegible] Dortmund wollte ihn einführen, die Bergbehörde [illegible] Oberbergamt [illegible] — leider rechtlich zulässigen [illegible] dagegen den [illegible] ortet folgende Resolution:

Redner befürwortet [illegible] stetig steigenden Unfallzahl [illegible] anbetracht der [illegible] daß die vom [illegible] genommene Einführung der [illegible] und in Hinsicht [illegible] Aussicht [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950101-17/fragment/page=0002